

## **„Migrationspolitik im Fokus: Bund und Länder diskutieren scharfe Maßnahmen“**

Beim Migrationstreffen in Berlin fordert die Union umfassende Maßnahmen, während die Regierung vor hohen Erwartungen warnt.

In Berlin wird am Montag ein wichtiges Migrations-Treffen der Ampel-Koalition, der Union und der Bundesländer stattfinden. Dieses Treffen findet unter dem Eindruck wachsender Herausforderungen in der Migrationspolitik statt, und die Beteiligten haben sehr unterschiedliche Ansichten darüber, wie mit der Situation umzugehen ist. Die Vertreter der Union fordern von der Bundesregierung Maßnahmen zur Verringerung der Migration, während die Ampel-Koalition an einem Sicherheitskonzept festhält, das als Antwort auf jüngste Gewalttaten entwickelt wurde.

Die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann warnte davor, zu hohe Erwartungen an das Treffen zu knüpfen. Ihrer Ansicht nach sollte man erst einmal abwarten und nicht vor dem Gespräch bestehende große Erwartungen formulieren. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass der Regierungsansatz pragmatisch bleibt und eher auf schrittweise Veränderungen abzielt, statt auf sofortige Durchbrüche.

### **Forderungen der Union**

CDU-Chef Friedrich Merz, der nicht direkt an den Gesprächen teilnimmt, hat dennoch eindringlich fordert, dem anhaltenden Zuwanderungsdruck entgegenzuwirken. Er sieht in der unkontrollierten Migration das eigentliche Problem und setzt sich

für Rückweisungen an den deutschen Staatsgrenzen ein. Merz' Forderungen beinhalten auch ein Ende weiterer Gespräche, wenn am Montag keine Einigung erzielt wird. Die Union möchte, dass striktere Kontrollen an den Binnengrenzen eingeführt werden und die Dublin-Regeln auf europäischer Ebene konsequenter umgesetzt werden.

Boris Rhein, der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, hat ebenfalls eine Wende in der Migrationspolitik gefordert. Er betonte die Notwendigkeit, Asylverfahren in Drittstaaten durchzuführen und Straftätern die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Diese radikalen Forderungen reflektieren die wachsende Dringlichkeit und Spannungen in der deutschen Politik bezüglich Migration.

Sahra Wagenknecht, die Chefin der BSW, unterstützt ebenfalls eine harte Linie in der Migrationspolitik. Sie sieht das Ende der unkontrollierten Migration als notwendig an und fordert, dass abgelehnte Asylbewerber auch ihren Anspruch auf Leistungen verlieren sollen.

## **Position der Ampel-Koalition**

Auf der anderen Seite plant die Bundesregierung die Diskussionen auf der Grundlage eines letzten Wochen verabschiedeten „Sicherheitspakets“. Dieses Paket ist eine direkte Reaktion auf die Messerattacke in Solingen, bei der drei Menschen ums Leben kamen. Die Maßnahmen des Pakets konzentrieren sich auf die Rückführung abgelehnter Asylbewerber und die Bekämpfung des islamistischen Terrors. Ein zentraler Punkt ist das Verbot von Springmessern und eine Erleichterung beim Ausschluss von Schutz für Migranten, die straffällig geworden sind.

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, äußerte die Sorge, dass ein einseitiger Fokus auf Verschärfungen der Migrationspolitik zu einem Generalverdacht gegenüber ausländischen Mitbürgern führen könnte. Ein fairer

und respektvoller Umgang sei hier aus ihrer Sicht unbedingt notwendig.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wird ebenfalls als entscheidendes Thema in den Gesprächen angesehen. Vor allem da die Zuständigkeiten für Migrations- und Sicherheitsfragen größtenteils bei den Ländern liegen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) entscheidet über Asylanträge, während die Ausländerämter auf Länderebene fungieren. Dies wirft die Frage auf, wie administrative Abläufe verbessert werden können, um eine effektivere Antwort auf die Herausforderungen der Migration zu gewährleisten.

An dem Treffen nehmen bedeutende Akteure der Bundesregierung und der Länder teil, darunter Innenministerin Nancy Faeser, Justizminister Marco Buschmann und Außenministerin Annalena Baerbock. Diese vertrauliche Runde könnte entscheidend für die zukünftige Ausrichtung der deutschen Migrationspolitik werden.

Ob die verschiedenen Ansichten zwischen der Ampel-Koalition und der Unioning hinsichtlich der Migrationspolitik zu einer konstruktiven Lösung führen werden oder ob es zu weiteren Spannungen kommt, bleibt abzuwarten. Die nächsten Stunden könnten entscheidend für die Festlegung von Strategien und Maßnahmen zur Migration in Deutschland sein.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**